

**Autor:** Daniel Behruzi  
**Seite:** 15  
**Weblink:** <https://www.jungewelt.de/artikel/374673.veraenderte-produktionsweise-schlechte-erfahrungen.html>  
**Quellrubrik:** Betrieb & Gewerkschaft  
**Jahrgang:** 2020

Veränderte Produktionsweise

## Schlechte Erfahrungen

Studie: Beschäftigte in ostdeutscher Automobilindustrie skeptisch gegenüber »Transformation«

Gerade hat die Otto-Brenner-Stiftung eine Studie zur »Transformation« der ostdeutschen Automobilindustrie präsentiert, da dürften einige Befunde von der Realität schon wieder überholt sein. So könnte zum Beispiel die Aussage, wonach die Mehrheit der Beschäftigten in den untersuchten Regionen Berlin, Brandenburg und Sachsen sowie in Sachsen-Anhalt und Thüringen weniger starke Arbeitsplatzverluste befürchten als im Bundesdurchschnitt, im Zuge des durch die Ausbreitung des Coronavirus beschleunigten Wirtschaftseinbruchs heute anders beantwortet werden als zum Zeitpunkt der Befragung zwischen Oktober 2018 und Mai 2019. Dennoch stecken in der von Wissenschaftlern aus Jena und Bremen erstellten Studie eine Vielzahl von Erkenntnissen, die sich die Gewerkschaften genauer anschauen sollten.

Der Umbau der ostdeutschen Automobilindustrie unterscheidet sich in den grundlegenden Trends wenig von der bundesweiten Entwicklung. Es gebe jedoch spezifische Besonderheiten, vor allem im Bewusstsein der Betroffenen, die bereits schlimme Erfahrungen mit der »Transformation« zur kapitalistischen Ökonomie in den 1990er Jahren gesammelt hätten. Wegen dieser »negativen Transformationserfahrungen« werden den Autoren zufolge trotz der zurückliegenden Wachstumsphase »vor allem Deindustrialisierung und Rationalisierung, mehr Risiken als Chancen

assoziiert«. Zudem würden ostdeutsche Arbeiter davon ausgehen, dass sie bei den anstehenden Veränderungen gegenüber dem Westen erneut benachteiligt werden. Ist das nun »eine Lücke zwischen Wahrnehmung, Erwartung und Realität«, wie die Wissenschaftler erklären, oder einfach eine realistische Sicht auf die Dinge? Dieselbe Frage stellt sich in Bezug auf die Digitalisierung, die in erster Linie als Rationalisierungsinstrument verstanden wird und deren Risiken, so die Interpretation der Autoren, »überbetont« werden.

Auch die Frage der »Mobilität der Zukunft« wird von den befragten Beschäftigten vor allem vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen seit den 1990er Jahren diskutiert. Konzepte einer »Mobilität, in der Klimaschutz und Arbeitsplätze zusammengehören«, seien zwar in vielen Betrieben Thema, »stoßen aber auf Grenzen negativer Transformationserfahrungen mit dem Niedergang von Betriebsbahnen und -bussen und des flächendeckenden ÖPNV«. Andererseits haben Beschäftigte der Studie zufolge durchaus eine Vorstellung davon, wie eine Konversion zu nachhaltigen Produktionsweisen gestaltet werden könnte. Solche Ideen fänden jedoch »selten Gehör in den Geschäftsführungen«. Hier sehen die Wissenschaftler fehlende Mitbestimmungsrechte bei Produkt- und Prozessentscheidungen als »zentralen Engpass«.

Die wohl vor allem von dem Jenaer

Soziologen Klaus Dörre formulierte »Schlussbemerkung« rät den Gewerkschaften zu einer »strategischen Neuorientierung«. Sie sollten sich »an einer neuen Aufklärung beteiligen, die – ohne in apokalyptische Klagen zu verfallen – die Notwendigkeit einer Nachhaltigkeitsrevolution offensiv begründet«. So könnten die Beschäftigtenorganisationen die »häufig unterschätzte soziale Dimension des ökologischen Gesellschaftskonflikts stärker ins gesellschaftliche Bewusstsein« rücken. Dörre stellt klar, dass es nicht um allgemeinen Verzicht geht. »Es ist keineswegs erforderlich, der Reinigungskraft die Mallorca-Reise und dem Daimler-Arbeiter sein Häuschen zu nehmen oder gar dem Hartz-IV-Bezieher den Regelsatz zu beschneiden.« Vielmehr müssten vor allem die Vermögenden ihr Handeln ändern, die für den Großteil klimaschädlicher Emissionen verantwortlich seien.

Es ist ein Plädoyer für höhere Löhne, »damit zum Beispiel faire Preise für Ressourcen oder Lebensmittel aus ökologischem Anbau für alle bezahlbar bleiben oder überhaupt bezahlbar werden«. Und es ist ein Plädoyer für »Wirtschaftsdemokratie«, die »mehr ist als Mitbestimmung«, sowie für den »Green New Deal«, wie ihn einzelne linke US-Demokraten propagieren. Gerade diese Schlussfolgerungen haben das Zeug, die gegenwärtigen gewerkschaftlichen Debatten zu befruchten.

**Urheberinformation:** (c) 2020 junge Welt